Mittag-Ausgabe.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant, Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke, Otto Niekisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure: für den innerpolitischen Theil: F. Hachfeld, für den übrigen redaktionellen Theil: E. R. Liebscher, beide in Posen.

Posener Zeitung

Hundertster Jahrgang.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G., G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen. Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 58

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Mittwoch, 24. Januar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

33. Sitzung vom 23. Januar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Das Präsidium wird ermächtigt, dem Kaiser zu seinem Geburtstag die Glückwünsche des Reichstages zu überbringen.

Die Debatte über die sozialdemokratische Nothstandsinterpellation wird fortgesetzt.

Abg. Dr. **Kropatscheck** (dk.): So gern ich den Abg. Bebel höre und so hoch ich ihn als klaren Redner schätze im Gegensatz zu Herrn Liebknecht, dessen Ausführungen schon seit ungefähr 50 Jahren bekannt sind, so utopistisch waren seine Gedanken über die gegenwärtige soziale Lage, wie man sie sonst nur in Schauerromanen trifft. Es machte den Eindruck, als ob im ganzen Lande agents provacateurs herumreisten, um unschuldige Leute zu unvorsichtigen Aeußerungen hinzureißen. Diese Angst ist ein reines Schreckgespenst. Wenn Herr Bebel für seine Behauptungen weiter keine Beweise hat, so bleibe er doch weg. Als wenn immer nur die Polizei schuld hat! Es ist unzweifelhaft, daß Anarchismus und Sozialdemokratie in ihrem Ursprung und in ihrem letzten Ziel durchaus verschieden sind, die einen sind Individualisten, die anderen Sozialisten. Was dazwischen liegt, steht aber doch verzweifelt ähnlich. Wie den Anarchisten, so fehlt auch dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat jede positive Grundlage. Es wird Ihnen nicht gelingen, neue Menschen zu schaffen. Sie arbeiten beide mit denselben Mitteln, weil beide Unzufriedenheit erregen müssen. Im Grunde haben Sie alle früher einmal, bevor Sie sich gemausert haben, die große Revolution für die Thür zur Zukunft gehalten. (Sehr richtig! rechts.) Unter den Leuten, die als Märtyrer hingestellt werden, weil sie gerichtlich bestraft sind, werden auch mit großer Sorgfalt die Anarchisten aufgeführt. Sobald die Anarchisten mit Ihnen zusammen gehen, ist es Ihnen recht, sobald sie etwas Unpassendes thun, schieben Sie die Gründe auf die Polizei. Unter den Arbeitslosen ist sehr genau zu unterscheiden zwischen solchen, die keine Arbeit finden, und denen, die nicht arbeiten wollen. Viel ernster ist es, daß es viele giebt, die nicht arbeiten können, weil sie nichts gelernt haben. Solche jungen Leute kommen immer herunter. Es ist doch auffallend, daß gerade in den Branchen die Arbeiter fehlen, für die gewisse Kenntnisse erforderlich sind. Je mehr die Großindustrie begünstigt wird, desto mehr kommen wir in arbeitslose Zustände hinein. Bei solchen Aussichten kann man sich nicht auf den manchesterlichen Standpunkt stellen und die Arbeiter nach den großen Städten ziehen. Wenn es Ihnen gelingen sollte, die Landwirthschaft zu ruiniren, dann sind Sie oben auf. Ihr Weizen blüht, je mehr Arbeitslose sind. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Gegen die augenblickliche Noth giebt es thatsächlich Mittel. Würden nicht die Urbarmachung der Lüneburger Haide und die Aufführung großer Bauten ein schönes Stück Geld kosten? Auch bei strengster Durchführung der Sonntagsruhe würde kein einziger Arbeiter mehr eingestellt werden. Was die Einführung des Achtstundentages betrifft, so konnte gar kein Zweifel sein, daß die Aeußerungen des Korrespondenten in der „Kreuzzeitung" ironisch gemeint waren. Auch ist bekannt, daß die englischen Arbeiter in derselben Zeit viel mehr leisten, als die deutschen. Bei uns halte ich die Durchführung des Achtstundenarbeitstags für völlig unmöglich. (Sehr richtig! rechts.) Selbst, wenn er durchgeführt wird, würden nicht mehr Arbeiter beschäftigt werden, da ja doch die Arbeitsleistung dieselbe bleibt. Sie verlangen jetzt neue Ausgaben für die Arbeitslosen und schreien gleichzeitig über die neuen Steuern. Was Abg. Bebel ausgeführt hat, ist nicht praktisch und mit großen Kosten verbunden. Das Reich soll Arbeitsnachweis einführen! Das geht wohl im Zukunftsgesellschaftsstaat, daß die Genossen Bebel und Kropatscheck zum Steineklopfen kommandirt werden, wenn dort Arbeiter fehlen. (Heiterkeit.) Aber was würde für ein Geschrei entstehen, wenn der heutige Staat etwa 3—4000 Arbeitslose aus Berlin nach Ostpreußen oder Schlesien schaffte, wo Arbeitermangel besteht. (Sehr richtig, rechts.) Jede Diakonissin und barmherzige Schwester, die in das Haus eines Arbeitslosen gehen und dort Kranken pflegen und Lebensmittel vertheilen, hat mehr für die Arbeitslosen gethan als die Herren Sozialdemokraten mit ihren großen Reden (Lebhafter Beifall.) Das Siegesbewußtsein der Sozialdemokraten nimmt schon ab. Im Wahlkampf leugneten einige Sozialdemokraten die Internationalität bereits ab (Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Sie bezeichneten sich als die staatserhaltende Partei (Heiterkeit). Die Monarchie kann allein Unzufriedenheit beseitigen, weil sie überall eingreifen kann. Sie kann das nur im Zusammenhang mit dem Christenthum. Mit Christenthum und Monarchie werden wir die Sozialdemokraten und ihren Anhang besiegen (Lebhafter Beifall).

Abg. **Singer** (S.-D.): Anarchismus und Sozialdemokratie sind grundverschiedene Dinge. Die heutige Gesellschaft ist anarchistisch. Deshalb wird ihr nicht gelingen, den Anarchismus zu überwinden. Das ist nur möglich bei Durchführung des sozialdemokratischen Staats. Er wird dem Anarchismus das Lebenslicht ausblasen. Für die Ausdehnung der Arbeitslosigkeit kann die Sozialdemokratie nicht, muß aber die heutige Gesellschaftsordnung verantwortlich gemacht werden. Die jungen Leute müssen schon im frühen Alter selbst verdienen und in die Fabrik gehen. Das beste Mittel für Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist gerade Verkürzung der Arbeitszeit. Interessant war die Empfehlung des Arbeitsnachweises durch Abg. Kropatschek. Die Arbeiter haben schon vielfach versucht, Arbeitsnachweise einzurichten. Sie sind von der Polizeiverwaltung zurückgewiesen und die Arbeitgeber haben es für ihrer unwürdig erklärt, sich von einem durch Arbeiter eingeleiteten Arbeitsnachweis bedienen zu lassen. Wenn heute die Diakonissinnen Ausnahmen unter den herrschenden Klassen sind, so widmen sich die Sozialdemokraten durchgängig dem freiwilligen Liebesdienst. Sie haben das in Hamburg bei der Cholera bewiesen, als die Bourgeois größtentheils den Staub von den Füßen schüttelten. Den Grundsatz: man bessere an sich selbst, dann wird es besser werden, könnte der Minister Bötticher zunächst in seinem eigenen Ressort anwenden. Der allgemeine Rückgang in unseren gewerblichen Verhältnissen, wird ja von den Finanzministern mit dürren Worten zugegeben. Minister Böttichter anerkannte, daß die Zuckerindustrie günstig stehe. Das wird uns hoffentlich vor neuen Zuckerprämien schützen. Dafür, daß sozialdemokratische Agitatoren die Arbeiter veranlaßten, ihre Arbeit niederzulegen, hat der Staatssekretär keinen Beweis erbracht, auch nicht dafür, daß der gezahlte Lohn ausreiche. Daß die Sparkasseneinlagen zunehmen, ist erklärlich, da die Leute ihr Geld lieber den Sparkassen anvertrauen als den Banken. Wie sehr die Noth zugenommen hat, beweist der Umstand, daß der Etat der Armenverwaltung der Stadt Berlin um eine halbe Million überschritten worden ist. Der Staatssekretär sprach von den Arbeitslosen, die nicht arbeiten wollen, und führte dafür an, daß zu einem Kanalbau in Hamburg keine Arbeiter zu haben gewesen seien. Die Sache erhält ein anderes Gesicht, wenn man erwägt, daß dieser Kanalbau ins Cholerajahr fiel. Ueber den Polizeikrawall am Donnerstag ist der Staatssekretär wohl nur vom Polizeipräsidium unterrichtet worden. In den Zeitungen hätte er bessere Nachrichten bekommen. Dieselben Bürger, die in dieser Weise mißhandelt worden sind von der Polizei, müssen zu den Kosten dieser Polizei beitragen. In Zukunft werden wir den Arbeitern rathen müssen, sich mit Revolvern zu bewaffnen, sie haben doch nicht nöthig, sich von der Polizei überfallen zu lassen. Der vom Staatssekretär angeführte Artikel des sozialistischen Centralblatts rührt von der „Nationalliberalen Korrespondenz" her und soll auf Reichstagspapier geschrieben sein. (Große Heiterkeit. Ruf: Dr. Böttícher.) In seiner Auffassung von der sozialpolitischen Bedeutung der Militärvorlage hat Frhr. v. Stumm einen Bundesgenossen im „Berliner Tageblatt" gewonnen, wo es heißt, die Sozialdemokratie sei ein größerer Feind als der Militarismus. Ich gratulire zu dem Bundesgenossen. (Heiterkeit.) Frhr. v. Stumm schreit immer nach der Polizei. Er hat keine Ahnung von dem Vorgehen der Polizei. Er weiß nicht, daß in London im Dienst der politischen Polizei ein Lockspitzel einen Monatsgehalt von 450 M. bezogen. Er hat den Schneider Newe ans Messer geliefert, die Herren können den Mann täglich auf der Journalistentribüne sehen. Der Mann heißt Reuß und soll in freundlichen Beziehungen zu verschiedenen hohen Herren stehen. Seine Visage finden Sie auf dem Bilde, das zum Andenken an die Huldigungsfeier für den Fürsten Bismarck in Kissingen angefertigt ist, neben dem Grafen Herbert Bismarck. (Heiterkeit links.) Bezüglich des Achtstundentages ist man in England bereits weiter, und die Erfahrungen, die man dort gemacht hat, beweisen die Unrichtigkeit der Behauptungen des Abg. Kropatscheck. Es ist beschämend für uns, daß wir dem Staatssekretär des Innern in England ein Bravo zurufen müssen, das wir doch so gern dem deutschen Staatssekretär zu Theil werden lassen möchten. (Heiterkeit links.) Wir können von dem Reich verlangen, daß es Gesetze schafft, die eine Mehreinstellung von Arbeitern ermöglichen. Aus dem vorliegenden Material müßte der Staatssekretär doch entnommen haben, daß thatsächlich ein Nothstand besteht. Er möge sich die Asyle für Obdachlose ansehen. Glaubt er, daß der Aufenthalt in diesen Asylen so angenehm ist? Weiß der Staatssekretär, daß der Nothstand in Berlin ein so großer ist, daß eine Krankenkasse nicht mehr in der Lage ist, ihre Krankengelder zu bezahlen? (Staatssekretär von Böttícher schüttelt mit dem Kopf.) Das müssen Sie wissen! (Lachen rechts, lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es ist Ihre Pflicht, Gesetze zur Abhilfe dieses Nothstandes einzubringen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär **v. Böttícher:** Es ist unrichtig, daß ich von faulen Arbeitern gesprochen habe, für die die Arbeiterschutzgesetzgebung nicht geschaffen ist. Die Unrichtigkeit meiner Ausführungen ist mit dem Hinweis auf Berlin nicht dargethan. Berlin hat naturgemäß wegen des außerordentlichen Zuwachses der arbeitenden Bevölkerung besonders hohe Kosten in der Armenpflege. Obwohl wir alle Vorgänge auf dem sozialen Gebiet verfolgen, können wir doch nicht, wenn heute Morgen im „Vorwärts" etwas von dem Schicksal der Maler-Ortskrankenkasse gestanden hat, schon bis zum Mittag Maßregeln ergriffen haben. (Sehr richtig! rechts.) Ich bestreite auch, daß es Reichssache ist, im sozialen Leben alle Einzelheiten zu regeln. Dazu sind die Landesregierungen. Was nun die Vorgänge am Donnerstag betrifft, so muß ich bis zum Beweis des Gegentheils an der amtlichen Darlegung festhalten. Ich behaupte also nach wie vor, daß die Polizei nicht provokatorisch vorgegangen ist und daß die Leute, die gereizt haben (Abg. Bebel: Welche Leute!), ihren Lohn geerntet haben.

Abg. **Fuchs** (Ctr.): Die Anarchisten haben früher in den Reihen der Sozialdemokraten marschirt. Sie verleugnen die Entschiedenen unter Ihnen. Mit der Zurückweisung des Arbeiterschutzes haben die Sozialdemokraten nicht im Interesse des Arbeiterstandes, sondern ihrer Partei gehandelt.

Abg. **v. Kardorff** (Rp.): So lange Sie das platte Land verarmen und entvölkern lassen, um so mehr zeigen sich die hier besprochenen Zustände in den großen Städten. Gerade Sie haben gedrängt zu der Politik, die die Landwirthschaft schädigt. Ich bedauere den Fall des Sozialistengesetzes, eine Lehre, die alle sittlichen Güter untergräbt, muß hart bestraft werden. Ohne Verschärfung des Straf-, Preß- und Vereinsrechts wird der Kampf gegen die Sozialdemokratie aussichtslos bleiben. Die Militärvorlage wird deshalb auch sozialpolitisch günstig wirken, weil in Zukunft weniger Militärhandwerker beschäftigt werden. Die von den Sozialdemokraten gewünschte Ochlokratie würde das gewaltthätigste Regiment sein, das es giebt. Vor solchen Zuständen möchte ich das Vaterland bewahren. (Beifall rechts.) Der beste Schutz gegen Nothstand ist Schutz der nationalen Arbeit, wie ihn Fürst Bismarck vertreten hat, der ja wohl zu aller unserer Freude demnächst wieder nach Berlin zurückkehren wird. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. **Galler** (Südd. Vp.): Der Abg. Richter hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Steuerprojekte ungünstig auf die Erwerbsverhältnisse einwirken. Die Tabak und Weinindustrie werden durch die Steuern, der Buchhandel durch den Antrag des Centrums gegen den Kolportagehandel beunruhigt.

Abg. **Kühn** (Soz.) schildert in längeren Ausführungen die Nothlage der Weber in den schlesischen Gebirgsdistrikten. Eine wirkliche Arbeiterschutzgesetzgebung sei für Deutschland noch weit im Felde.

Die Diskussion wird geschlossen. Damit ist die Interpellation erledigt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Initiativanträge, darunter Anträge betr. Aenderungen des Wahlgesetzes).

Schluß 6¼ Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

3. Sitzung vom 23. Januar, 11 Uhr.
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Eingegangen ist eine Interpellation v. Kröcher betr. den Abschluß von Handelsverträgen.

Eine Anzahl von Rechnungssachen sowie der Gesetzentwurf betr. Deckung der Kosten aus dem Etatsjahr 1892/93 werden der Rechnungskommission überwiesen.

Es folgt die **erste Etatsberathung.**

Abg. **v. Strombeck** (Ctr.): Einige Positionen des Etats machen einen erfreulichen Eindruck, so die Einstellung von Summen für Arbeiterwohnungen, für Kleinbahnen, für die Vermehrung von Fabrikinspektoren sowie für Aufbesserung von Beamten; namentlich ist mit Freuden zu begrüßen, daß den Diätaren nunmehr früher als bisher die Gelegenheit zur definitiven Anstellung gegeben ist. Das Hauptinteresse nimmt der Eisenbahnetat in Anspruch. Die Wünsche auf Tarifermäßigungen, die auch in diesem Jahre wohl erhoben werden dürften, theile ich, denn ich glaube, daß dadurch nicht ein Rückgang der Einnahmen, sondern Mehreinnahmen erfolgen werden. Württemberg und Belgien haben damit gute Erfolge gehabt. Es wäre auch wünschenswerth, daß wie in Württemberg Jahres-Abonnementskarten ausgegeben werden, die für alle preußischen Staatsbahnen giltig sind. So erfreulich die Aufbesserung der Beamten ist, so bedauerlich ist es, daß bezüglich des Gehalts die Parität zwischen katholischen und evangelischen Geistlichen nicht gewahrt ist. Wir werden auch in diesem Jahre Anträge auf Erhöhung der staatlichen Zuschüsse an katholische Geistliche bringen. Zu bedauern ist es ferner, daß nicht auch für diejenigen Volksschullehrer, die sich noch immer in schlechter Lage befinden, erhöhte Geldmittel aufgewendet worden sind. Die staatlichen Zuschüsse für die Pensionen der Volksschullehrer sind zu mechanisch geregelt, ohne Rücksicht auf die wirthschaftlichen Verhältnisse der betreffenden Lehrer und auf die Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Eine anderweitige Regelung dieser Zuschüsse wäre daher wohl am Platze. Meine politischen Freunde bedauern es, daß die ungünstige Finanzlage verhindert hat, mehr Mittel für Kunst und Wissenschaft auszuwerfen. Bei den Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer und bei Berücksichtigung des Umstandes, daß die vorgesehene außerordentliche Schuldentilgung gesetzlich nicht vorgeschrieben ist, ist ein materielles Defizit in diesem Etat thatsächlich nicht vorhanden. Im vorigen Jahre hat der Finanzminister geglaubt, daß die Matrikularbeiträge nicht erhöht werden müßten. Um dem zu entgehen, hat er nun im Reiche neue Steuern vorgeschlagen. Aber auch damit schafft er keine wirksame Abhilfe für unsere Finanznoth. Das könnte vielmehr am besten geschehen durch Verminderung der Ausgaben. (Sehr richtig! im Centrum und links.) Redner beklagt, daß die Katholiken bei der Besetzung der Beamtenstellen nicht genügend berücksichtigt würden. Es scheinen in dieser Beziehung noch gewisse Verwaltungsgrundsätze zu bestehen. Aus den Memoiren des Herrn v. Gerlach geht es hervor, daß der Grundsatz der preußischen Regierung zu sein scheine, Germanisiren gegen die Polen, Protestantisiren gegen die Katholiken. Die verschiedenen Ausführungen auf der letzten Versammlung des evangelischen Bundes bewegen sich in derselben Richtung; sie sind im höchsten Grade bedauerlich. Ich wünsche, daß betreffs der Parität der Beamten bald andere Grundsätze Geltung bekommen mögen. (Beifall im Zentrum)

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (kons.) legt Verwahrung gegen die Behauptung ein, daß die Katholiken imparitätisch behandelt würden. (Widerspruch im Centrum.) Der Vorredner sei den Beweis dafür schuldig geblieben. Mit den großen Gesichtspunkten, die der Finanzminister angeführt hat, bin ich vollkommen einverstanden. (Abg. Rickert: Hört! hört!) Der Nettoetat wird ein großer Hebel für eine sparsame Finanzwirthschaft sein. Streitig ist der Etat der Domänen und Forsten. Man kann aus der Berechnung eines Minus von 2 Millionen erkennen, welche Gefahren aus unserer Handelspolitik auch den Forsten drohen. (Sehr wahr! rechts.) Der Rückgang der Domänenpachten ist ein Beweis für die schlechte Lage der Landwirthschaft. Wenn es den Domänenpächtern schlecht geht, wie mag es erst den anderen Landwirthen gehen. Der Zuckerindustrie droht eine schwere Gefahr. Es ist zweifelhaft, ob unsere Industrie die Konkurrenz mit den Nachbarländern wird ertragen können, die außerordentlich hohe Exportprämien zahlen. (Sehr wahr! rechts.) Meine politischen Freunde sind einstimmig der Ansicht, daß die Handelspolitik der Landwirthschaft Schaden gebracht hat. (Beifall rechts.) Wir tadeln, daß man bei den Handelsverträgen auf Kosten der Landwirthschaft die Industrie allein berücksichtigt hat. Wir tadeln auch die Verquickung der Handelsverträge mit der Politik, daß man glaubt, durch handelspolitische Konzessionen politische Bündnisse festigen zu können. (Beifall und Zustimmung rechts.) Wir werden dafür niemals entschädigt werden können. Die Handelsverträge haben der Landwirthschaft geschadet und was die Thronrede verspricht, ist gerade so, als wenn man eine Kuh nimmt und eine Ziege dafür verspricht. Wir sind in größerer Stärke in dies Haus zurückgekehrt als je. Wir haben das hauptsächlich zu verdanken unserer festen Stellungnahme gegen die Handelsverträge. (Beifall und Zustimmung rechts.) Die Grundlagen unserer Finanzen sind vollkommen gute, wenn man bedenkt, welches Kapital wir in unseren Eisenbahnen, Domänen und Forsten haben. Aber die Finanzlage ist eine schlechte, erstens weil die Eisenbahneinnahmen zurückgegangen sind. Dabei stelle ich zur Erwägung, daß man bei den erhöhten Kosten der Eisenbahnen auch das Publikum für den beanspruchten Luxus weit mehr zahlen lasse. Die Matrikularbeiträge schwanken so, daß eine geordnete Finanzwirthschaft in den Einzelstaaten nicht möglich ist. Eine Ordnung dieses Verhältnisses ist die Grundlage für eine

gesunde Finanzwirthschaft. Der Plan, den nun der Minister dem Reichstag vorgelegt hat, ist ein einfacher. Wäre dieses Gesetz schon in Geltung, so hätten wir jetzt in Preußen nicht ein Defizit von 70, sondern nur von 15 Millionen. Die Zustände im Reiche kommen von der Organisation der einzelnen Ressorts. In Preußen hat der Finanzminister eine maßgebende Stellung, im Reiche der Staatssekretär nur eine untergeordnete Rolle. Man sollte darauf hinwirken von Seiten Preußens im Bundesrath, daß eine Kontrolle bei der Aufstellung des Reichsetats ausgeübt werde wie in Preußen; dabei weisen wir den Gedanken eines Reichsfinanzministers zurück. Im Bundesrathe kann eine wirksame Kontrolle nicht stattfinden, wenn die Etatsberathung in demselben nur eine Woche stattfindet. Mit gegenseitiger Gefälligkeit und Liebenswürdigkeit kommt man nicht zurecht, die Kontrolle muß entschieden und energisch gehandhabt werden. In einem aber freue ich mich, die Regierung unterstützen zu können. Es ist für uns nicht angenehm, ihr zu opponiren, da wir als konservative Partei die Macht der Krone zu stärken uns zur Aufgabe gesetzt haben. Darum begrüßen wir mit Freuden, daß der Minister des Innern Veranlassung genommen hat, eins der besten Dokumente, welche je erlassen worden sind, nämlich den Erlaß des Kaisers Wilhelm vom 4. Januar 1884 wieder ins Gedächtniß zurückzurufen. Solche Erlasse können nicht oft genug ins Gedächtniß zurückgerufen werden. (Lachen links.) Natürlich setzen wir voraus, daß diese Erneuerung nur für die Zukunft berechnet war und nicht eine Rüge für die Vergangenheit bedeuten soll, in der doch kein Anlaß dazu sich ereignet hat. Wir wünschen, daß wir einen mächtigen in die Dinge eingreifenden Souverain haben und daß der König persönlich regiert, wie in dem Erlaß gesagt ist. Das wesentlichste Recht der Krone, die Rathgeber aus eigener Ueberzeugung, ohne Rücksicht auf andere Momente zu wählen, wollen wir erhalten, und wenn einzelne Stimmen im Lande betonten, als ob eine Kluft zwischen uns und der Krone wäre, so weisen wir das als unkonservativ zurück. Wir erkennen die volle Verpflichtung unsererseits an, daß, wenn wir auch genöthigt sind, der Regierung in einzelnen Fällen zu widersprechen, doch, wenn die nächste Vorlage kommt, sie mit Unbefangenheit und Wohlwollen zu prüfen. (Bravo! rechts.) Eine Ablehnung einer Vorlage, weil sie von einem Minister kommt, mit dem wir in anderen Fragen nicht übereinstimmten, würden wir für unkonservativ und unkorrekt halten; aber das Correlat unseres Wunsches, daß wir eine mächtige Krone und mächtige Regierung haben, ist, daß wir auch von dem Rechte und von der Pflicht Gebrauch machen, dann, wenn uns unser verfassungsmäßiges Recht dazu beruft, mitzuwirken und unabhängig und selbständig unsere Meinung zu sagen. (Sehr richtig! rechts). Wir halten uns auch davon nicht entbunden, wenn im einzelnen Falle bekannt wird, daß ein Souverän sich für eine Frage einmal persönlich interessirt und dazu Stellung genommen hat. Denn es ist nicht zu verlangen, daß wenn einmal lange Jahre hindurch eine Politik befolgt worden ist und dann eine Aenderung eintritt, wir dann ebenso bereitwillig den anderen Weg gehen. Nur solche Männer können in den Zeiten der Gefahr und Noth eine wirksame Unterstützung der Regierung sein, auf deren Selbständigkeit man rechnen kann (Beifall rechts) Mit diesen Bemerkungen schließe ich und wünsche, daß sie beitragen mögen zur Verständigung nach allen Richtungen zwischen den Parteien und der Regierung. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen rechts.)

Präsident **v. Köller** bemerkt, daß Händeklatschen nicht gestattet sei.

Abg. Dr. **Sattler** (ntl.) erkennt zunächst einen Fortschritt in der Form des Etats an. Die Reichspostverwaltung hat einen Ueberschuß nur noch, weil die Eisenbahnen für dieselbe 30 Millionen aufwenden. Sonst würde sie mit Unterbilanz arbeiten. Und trotzdem diese prachtvollen Prachtbauten! (Beifall rechts.) Nur dann, wenn diese Thatsache klarer hervortritt, wird der hochverdiente Leiter der Postverwaltung zu Reformen bewogen werden können. (Beifall.) Die Finanzlage Preußens kann bei den fortwährenden Defizits nicht günstig genannt werden. Der vorliegende Etat ist noch schlechter, als er aussieht. Aus Staatsvermögen werden 12 Millionen zu laufenden Ausgaben verwandt, es ergiebt sich also im Ganzen ein Fehlbetrag von 82 Millionen. Redner wendet sich gegen vermehrte Museumsbauten und den Ankauf des Palais in der Wilhelmstraße für das Justizministerium. Ich frage den Eisenbahnminister, wie es mit den angekündigten Reformen in der Organisation der Eisenbahnverwaltung und bezüglich der Vorbildung der Beamten steht. Auf eine Regelung der Finanzverhältnisse zwischen Reich und Einzelstaaten muß hingedrängt werden. Allerdings wollen wir keine Erörterung der Reichsangelegenheiten hier vornehmen, weil die Einzelstaaten dem Reich nichts vorzuschreiben haben, und weil das Ansehen des Reichstages dadurch herabgedrückt werden könnte. Aber das eine Recht haben wir, dem Reiche zuzurufen: So kann es nicht weiter gehen. Das Reich muß für seine Ausgaben selber sorgen, es muß eine reinliche Scheidung zwischen den Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten eintreten, und endlich müssen wir verlangen, daß wir in Preußen in unserer Steuerreform nicht behindert werden durch den Gedanken einer Reichseinkommensteuer. Die logische Konsequenz der Ausführungen des Vorredners war die Schaffung eines Reichsfinanzministers. Um aber bessere Zustände bei uns einzuführen, ist es auch nöthig, sich von den schwankenden Betriebseinnahmen loszumachen. Die Eisenbahneinnahmen sollten in höherem Maße für Zwecke der Eisenbahnen selber verwendet werden. Ebenso müßten wir einmal zu einer wirklichen Schuldentilgung kommen. Es muß alles dazu gethan werden, um die volle Entfaltung aller wirthschaftlichen Kräfte zu befördern, von diesem Gesichtspunkte aus werden wir an den Etat und an alle Vorlagen der Regierung herangehen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (freik.): Es ist nicht wahr, daß Imparität in der Beamtenanstellung zwischen Katholiken und Evangelischen herrscht. Eine Vergleichung zwischen der Zahl der katholischen Beamten und der Bevölkerungszahl giebt kein richtiges Bild, es kommt vielmehr darauf an, wie viel Katholiken überhaupt zur Auswahl vorhanden sind. Wenn Herr v. Strombeck dem evangelischen Bunde aggressive Tendenzen vorwirft, so verweise ich ihn auf die aggressiven Tendenzen in katholischen Organen. Meine Partei hat es immer verstanden, mit Treue und Anhänglichkeit an den Monarchen, Unabhängigkeit in der Prüfung und eventuelle Ablehnung von Regierungsvorlagen zu verbinden. Wir werden auf diesem Standpunkte verharren und uns denjenigen Freimuth und die Unabhängigkeit wahren, die uns als Vertretern des Volkes obliegt. Wie der Etat zeigt, haben sich die Verhältnisse in diesem Jahre gegenüber dem Vorjahre sehr gebessert. Die Verkehrssteigerung, die im Laufe der letzten Monate zu verzeichnen ist, läßt hoffen, daß die entsprechenden Einnahmen in den nächsten Jahren steigen werden. Ebenso können wir eine Vermehrung der Einnahmen aus den direkten Steuern erwarten. Man muß dem Etat nachrühmen, daß er mit der größten Sparsamkeit aufgestellt ist. Wo Mehrausgaben vorkommen, sind dieselben Konsequenzen von Gesetzen oder Fortführung bereits angefangener Einrichtungen. Wenn erst unser Steuersystem sich auf den direkten Steuern und der Vermögenssteuer aufbauen wird, dann werden wir jedesmal ein Spiegelbild unserer Erwerbsverhältnisse haben. Daß sie jetzt nicht günstig sind, beweist der Rückgang der Einnahmen aus Domänen und Forsten. Die geringen Einnahmen aus den Forsten rühren von den geringen Preisen für Bauhölzer und diese wieder von dem Rückgang des Baugewerbes her. Hoffentlich wird es aber gelingen, die Landwirthschaft wieder in eine Lage zu bringen, die den jetzigen Besitzern ihre Existenz ermöglicht. Die Rede des Frhrn. v. Manteuffel im Herrenhause hat mich mit Besorgnissen erfüllt. Wenn die Regierung wirklich dem dort ausgesprochenen Gedanken folgen sollte, so würde zwar der unproduktive Kredit beschränkt, der produktive Kredit aber vernichtet werden. (Sehr richtig!) Die beste Förderung der Landwirthschaft ist die Ausbreitung öffentlicher Kreditinstitute. Die Landwirthschaft wird sich auf eine fernere Herabsetzung der Zölle gefaßt machen müssen. Bedeutet dies einen Ausfall, so muß auf der anderen Seite Ersatz geschaffen werden, namentlich durch Tarifermäßigungen und Verkehrserleichterungen im Interesse der Landwirthschaft. Zur Hebung des lokalen Verkehrs, zur Herstellung von Kleinbahnen, die hier eine große Rolle spielen, sollten die Provinzen Mittel hergeben, und wo sie dazu in ausreichendem Maße nicht im Stande sind, sollte der Staat beispringen. Es müßte ein entsprechender Fonds im Etat des Eisenbahnwesens eingerichtet werden. Ueber die Nothwendigkeit einer Regelung des Finanzverhältnisses zwischen Preußen und dem Reiche bin ich mit dem Abg. Sattler einverstanden. Namens meiner Freunde erkläre ich, daß wir das Zustandebringen der Reichsfinanzreform für eine dringende Nothwendigkeit halten. Geschieht das nicht, so müssen wir in Preußen dazu schreiten, Zuschläge zur Einkommensteuer zu erheben. Angesichts des Terrorismus, der sich gegenüber diesem Plan von manchen Parteien geltend macht, ist es einmal nöthig, dem Volke zu zeigen, welche Folgen die Ablehnung des Finanzreformplanes haben wird. Aber wir hoffen, daß der Reichstag patriotisch genug sein wird, uns dieser Nothwendigkeit zu entheben. (Beifall bei den Freikonservativen.)

Abg. **Pleß** (Ctr.) wendet sich gegen die im Reiche befolgte Politik, einerseits Ausgaben zu fordern, bevor die Deckung vorhanden sei, andererseits mehr Einnahmen zu fordern, als für den Augenblick nothwendig seien, wie das im sogen. Finanzreformplan geschehe. Diese Politik sei nicht gewissenhaft. Angesichts des wirthschaftlichen Rückgangs und der Thatsache, daß die persönlichen Einkommen gesunken sind, ist es unrecht, solche Forderungen zu erheben. Mit Unrecht glaube Graf Limburg, daß eine Erhöhung der Eisenbahntarife vermehrte Einnahmen zur Folge haben werde. Wie die Verringerung des Portos der Postverwaltung, wie die Staffeltarife der Eisenbahnverwaltung bedeutende Mehreinnahmen zugeführt haben, so würde eine Ermäßigung der Personentarife dieselbe Folge haben. Schließlich seien die Staatsbetriebe doch für das Publikum, nicht das Publikum für die Staatsbehörden da.

Abg. **Rickert** (Freis. Vg.): Eine Prüfung des Etats wird zeigen, daß das Bild über unsere finanzielle Lage nicht so schwarz ist, wie es der Finanzminister gemalt hat. Der Landtag hat sich heute zum Richter über den Reichstag gemacht. Glauben Sie, daß der auf Grund des gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts zu Stande gekommene Reichstag den Ausführungen aus einem Hause, das auf Grund eines längst verurtheilten Wahlrechts gewählt ist, Bedeutung beimessen wird? (Lärm rechts.) Wenn wir uns daran gewöhnen, hier Reichstagsreden zu halten, so wird sich dieselbe Gewohnheit auch in die übrigen Landtage einschleichen. Denn was dem Preußen recht ist, das ist auch dem Waldecker und dem Lippe-Detmolder billig. Der Finanzminister scheint dieses Haus gegen den Reichstag in Bewegung setzen zu wollen. Aber ich frage ihn, wie konnte er seine Zustimmung zu Steuervorlagen geben, von denen er wissen mußte, daß sie keine Mehrheit im Reichstage finden werden? Er hat auch das Versprechen nicht gehalten, das über die Deckung der Kosten der Militärvorlage gerade denjenigen Parteien gegeben wurde, die für die Militärvorlage ausschlaggebend waren. Es wurde uns ausdrücklich versprochen, daß die Kosten nur auf die leistungsfähigen Schultern gelegt werden. Der Finanzminister wird schließlich froh sein, wenn er von der ganzen Weinsteuer nur eine Champagnersteuer mit 50 Pfennig pro Kapsel herausbekommt. Der Finanzminister lacht dazu. Ich weiß, daß der Minister jetzt wieder Muth bekommen hat, aber es hat Tage gegeben, wo er die Tabak- und Weinsteuer schon ganz aufgegeben hatte. Die Quittungs- und Frachtsteuer belastet die Rhederei, und die Rhederei leidet auch Noth. (Heiterkeit.) Der Minister für Landwirthschaft hat selbst nur von einem Nothstand einzelner Landwirthe gesprochen. Was kann denn der Staat gegen diesen Nothstand thun? Das Nothgeschrei hat bis jetzt nur dahin gewirkt, daß der Kredit der Landwirthschaft geschädigt worden ist (Lachen rechts). Oder wie sollte sich anders der Umstand erklären lassen, daß sich zu den Domänen der östlichen Provinzen nur so wenige Bieter finden? Sie wissen kein anderes Heilmittel als Umkehr von der Handelsvertragspolitik und von der bewährten Goldwährung. Sie berufen sich für die Stimmung im Lande auf die große Zahl Ihrer Vertreter hier im Hause. Hätten Sie dieselbe Zahl erhalten bei öffentlicher Wahl? (Lachen rechts.) Sie können unter den Umständen, wie Sie gewählt worden sind, sich nicht Vertreter des Volkes nennen. (Lachen rechts.) Ohne Agitation der Landräthe hätten Sie nicht so viel erreicht. Die Handelsvertragspolitik ist inaugurirt worden unter Zustimmung des größten Theils der Konservativen und vor allem des Frh. v. Manteuffel. Wie können Sie jetzt gegen die Handelsverträge agitiren? Wer dem russischen Vertrag widerspricht, schädigt die Lebensinteressen der östlichen Provinzen. Ihre Parole ist: Weg mit Caprivi! Unter dieser Bedingung würden Sie jeden Handelsvertrag genehmigen. Die Herren Konservativen haben sich um das parlamentarische Regierungssystem durch ihre Agitationen ein großes Verdienst erworben. Wenn aber der Mann kommt, der nach Ihrer Ansicht den Posten des Reichskanzlers einnehmen soll (Rufe rechts: Wer ist das?), so nehmen wir für uns das Recht in Anspruch, bei Widerspruch nicht als Königs- und Vaterlandsfeinde verschrien zu werden. So sehr ich der Forderung der Landwirthschaftskammern im Prinzip sympatisch gegenüberstehe, so muß ich der Konstruktion dieses Gesetzes doch widersprechen. Denn es berücksichtigt mehr den Rittergutsbesitzer als den kleinen und mittlern Grundbesitzer. Dem Grafen Limburg Stirum kommt die Wirthschaft des Reiches opulent vor. Herr Limburg-Stirum ist erst seit wenigen Wochen Mitglied der Budgetkommission im Reichstage, und schon weiß er, daß nicht sparsam gewirthschaftet wird. Was hat er denn in den wenigen Wochen dort gethan, abgesehen von der Streichung eines Direktors und eines Ministerialbeamten? Er soll auch einen Antrag gestellt haben, das Kaiser Wilhelm-Denkmal abzulehnen. Was hat er denn aber sonst gethan? Es wird das größte Vergnügen für mich sein, dem Grafen Limburg als Vertreter der Sparsamkeit im Reich zu folgen. Ich werde mir seine heutige Rede in die Budgetkommission mitnehmen, und wenn er dann nicht diligentiam praestirt! (Heiterkeit) Graf Limburg verlangt vom Reichsschatzsekretär größere Kontrolle, und doch will er ihm nicht die nöthige Selbständigkeit eines Reichsfinanzministers geben. Er scheint, trotzdem er Mitglied der Budgetkommission des Reichstags ist, diese Verhältnisse doch noch nicht zu kennen. Wir haben die ungesundeste Finanzwirthschaft. Alle volkswirthschaftlichen Vortheile, die man sich von der Verstaatlichung der Eisenbahnen verspricht, sind nicht eingetreten. Wenn wir die Tarife verbilligen, so werden wir die Einnahmen vermehren. Die Staffeltarife sollten verallgemeinert werden. Was die allgemeine Finanzlage betrifft, so wird jetzt auf ein Defizit von 70 Millionen gerechnet. Das läßt mich kalt, nachdem ich Ueberschüsse von 100 Millionen erlebt habe. Die Staatsregierung hat sich noch immer in dieser Beziehung geirrt. Das wirkliche Defizit ist immer hinter dem veranschlagten zurückgeblieben. Was zwingt die Regierung dazu, bei dem Finanzreformgesetz zu bestehen? Die jetzige wirthschaftliche Lage sollte die Regierung dazu veranlassen, diese Vorlage fallen zu lassen; sie ist ein politischer Fehler. Wir werden im Reiche nur Steuern bewilligen, die zur Deckung der Kosten der Militärvorlage erforderlich sind, aber die 40 Millionen aus dem Finanzreformplan bewilligen, hieße Verwirrung bringen in das Verhältniß zwischen Reich und Einzelstaaten. Das Reich hat seit Bestehen der clausula Franckenstein an die Einzelstaaten 300 Mill. mehr herausgezahlt, als es an Matrikularbeiträgen erhalten hat. Und wenn nun ein rechnungsmäßiges Defizit von 32 Millionen kommt, bekommen wir plötzlich Furcht? Wir wollen nichts von den neuen Plänen wissen, wir stehen auf dem alten konservativen Standpunkt. (Große Heiterkeit rechts.) Warum führt man nicht die Reichserbschaftssteuer ein? Die Noth wird Sie dazu zwingen, bewegliche Steuern im Reich und in den Einzelstaaten einzuführen. Die parlamentarische und konstitutionelle Geschichte des Finanzministers hätte erwarten lassen dürfen, daß er das erstrebt. (Beifall.)

Finanzminister Dr. **Miquel** spricht seine Freude darüber aus, daß die Vertreter von drei großen Parteien sich mit dem Finanzreformplan der Regierung einverstanden erklärten, und daß dieselben die Berechtigung fixirter Ueberweisungen des Reichs an die Einzelstaaten anerkannten. Es gereicht uns zur Freude, daß ein aus dem Dreiklassenwahlrecht hervorgegangenes Haus diese Stellung einnimmt. Die ganze Frage ist aufgenommen von allen deutschen Regierungen, und es ist geschmacklos, von einer Finanzreform Miquel zu sprechen, während doch niemals ein so einmüthiges Vorgehen der Regierungen erfolgt ist. In Rücksicht auf die föderalistischen Bestrebungen des Centrums hoffe ich, daß auch diese Herren sich schließlich auf den gleichen Boden stellen werden, nachdem alle ihre hervorragenden Führer so sehr den föderalistischen Charakter des Reiches betont haben. Danach kann ich mich darüber trösten, daß Herr Rickert und seine wenigen Freunde sich damit nicht einverstanden erklären. (Lärmender Beifall rechts.) Möge doch Herr Rickert den Versuch zur Aufbringung der Kosten machen. Er sagte doch, er erkenne die Verpflichtung zur Deckung der Kosten der Heeresvorlage an. Ich acceptire diese Erklärung, aber ich habe gegen Abg. Rickert und seine Freunde kein Exekutionsmittel, wenn er die übernommene Verpflichtung nicht erfüllt. (Heiterkeit.) Zuerst wies er auf die Reichseinkommensteuer hin. Nachdem sich gezeigt hat, daß dafür noch nicht ein paar Dutzend Abgeordnete zu haben sind, ist die Reichserbschaftssteuer gekommen. Wir werden, wenn die Steuervorlagen, was ich noch nicht glaube, im Reiche nicht angenommen werden, auf Zuschläge zur Einkommensteuer zurückgreifen müssen. Das würde aber nicht humaner sein, als eine Luxussteuer, wie es doch die Tabaksteuer im Grunde ist. (Beifall rechts.) Wenn Abg. Rickert nicht an das Defizit in Preußen glaubt, so mag er die Bilanz in der Budgetkommission prüfen und nicht mit Worten von der Scheußlichkeit des Finanzministers operiren. Es ist die allerhöchste Zeit, daß die gegenwärtigen Verhältnisse anders werden. Der Abg. Rickert weist auf bewegliche Steuern hin. Das Finanzgesetz enthält ja zum ersten Mal den immerhin kühnen Versuch, die Verbrauchsabgaben im Reich beweglich zu machen. Die Schaffung eines Reichsfinanzministeriums in dem Sinne, wie es der Abg. Rickert will, würde eine wesentliche Umgestaltung unserer Reichsverfassung bedeuten. (Sehr richtig! rechts.) Es ist heute im Reichstag dafür keine Mehrheit, geschweige denn im Bundesrath. Das Grundübel liegt darin, daß der Reichsschatzsekretär nie sagen kann: Es sind keine Mittel da. In Preußen kann das der Finanzminister thun; meine Kollegen werden mir bestätigen, daß ich diesen Grund oft mit Erfolg geltend gemacht habe. (Heiterkeit.) Aber im Reiche wird von den einzelnen Ressorts bei Forderungen an das Reichsschatzamt auf die Matrikularbeiträge hingewiesen. Die Organisation, die wir Ihnen vorgeschlagen haben in dem Finanzplan, ist weit wichtiger als die Personalfrage. Ich will keinen Gegensatz zwischen Reich und Einzelstaaten aussprechen, aber der Hauptpunkt für die finanzielle Regelung liegt im Reiche. Jetzt gilt es zu handeln und nicht den Kopf in den Sand zu necken, wie der Vogel Strauß. Ich bin froh, daß die preußische Landesvertretung mir ihre Hilfe bereit stellt, und ich will doch sehen, ob es einem Reichstag, wenn er auch nach Meinung des Abg. Rickert aus einem höheren Stimmrecht hervorgegangen ist als der Landtag (Heiterkeit rechts) gleichgiltig sein kann, ob er in dieser Kardinalfrage in voller Einmüthigkeit mit den Einzelstaaten sich befindet oder nicht. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Berathung vertagt.

Persönlich verwahrt sich Abg. **Rickert** gegen die Behauptung, daß er von der Steuerreform nichts hätte übrig lassen wollen.

Finanzminister Dr. **Miquel** erwidert darauf, daß er Rickert diesen Vorwurf nur insofern gemacht hätte, als er gesagt hätte, die ganze Politik des Abg. Rickert müsse zu diesem negativen Ziele führen; eine böswillige Absicht konnte ich Herrn Rickert nur um so weniger zutrauen, da ich ja seine Loyalität durchaus kenne. (Heiterkeit.) Es wäre bedauerlich, wenn der Reichstag, nachdem er eine solche Verpflichtung anerkannt, mit dem Zugeständniß auseinandergehen könnte: einlösen kann ich sie nicht.

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Schluß 4¼ Uhr.

Berlin und Friedrichsruh.

□ **Berlin,** 23. Januar.

Aus der „ureigensten hochherzigen Initiative Sr. Majestät" ist nach der „N. A. Z." die Entsendung des Flügeladjutanten Grafen Moltke nach Friedrichsruh hervorgegangen. Die „Kreuzzeitung" spricht von „Allerhöchsteigener" Entschließung des Kaisers. Im Reichstage und im Abgeordnetenhause, wo das bedeutsame Ereigniß nach Gebühr einen breiten Raum in den Unterhaltungen der Abgeordneten einnahm, wurde ebenfalls das Hauptgewicht darauf gelegt, daß die Begrüßung des Fürsten Bismarck durch den Kaiser einen Akt ganz persönlicher Willenskundgebung darstelle. Heute Morgen fuhr der Kaiser beim Reichskanzler vor und hatte mit ihm eine längere Unterredung. Es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß diese Unterhaltung an der Entsendung des Grafen Moltke nach Friedrichsruh und an ihren möglichen Folgen nicht vorbeigegangen ist. Fürst Bismarck hat nach zuverlässigen Mittheilungen seinen baldigen Besuch beim Kaiser angekündigt, und nach einer Angabe wird der ehemalige Reichskanzler schon in der nächsten Woche hier zu erwarten sein. Nichts veranlaßt dazu, zu vermuthen, daß die erneute Annäherung zwischen dem Schloß und Friedrichsruh den Ansichten und Wünschen des Reichskanzlers zuwiderlaufe. Im Gegentheil muß angenommen werden, daß es ihm erwünscht sein wird, einen der Zündstoffe beseitigt zu sehen, mit dessen Benutzung die Agitatoren aus verschiedenen politischen Lagern die Sicherheit unserer inneren Zustände so gut zu bedrohen verstehen. Wir wissen zuverlässig, daß über die Günser Depesche offene Genugthuung in der Wilhelmstraße geherrscht hat, und wenn damals auch festzustellen war, daß der Schritt gleich-

falls aus der eigensten Initiative des Kaisers geschah, so waren die Umstände durchaus darnach angethan, die Billigung jener Entschließung durch den leitenden Staatsmann begreiflich, vielmehr selbstverständlich zu machen. Es wird auch heute nicht anders sein; mindestens braucht es nicht anders zu sein. Aber die Verworrenheit der gegenwärtigen Lage läßt es verstehen, wenn eine Verbindung unterwühlender Tendenzen, persönlicher Gehässigkeiten, ehrgeiziger Hoffnungen und sich bedroht fühlender materieller Interessen darauf ausgeht, aus einem Akte von sozusagen privater Hochherzigkeit politisches Kapital zu schlagen. Würden diese Momente, die schwer ins Gewicht fallen, von der Betrachtung auszuscheiden sein, so bestände kein Zweifel, daß eine persönliche Wiederannäherung des Kaisers und des Fürsten Bismarck zur Beruhigung unseres aufgeregten politischen Lebens dienen könnte. Nur sind die erwähnten Gesichtspunkte eben nicht auszuscheiden, und so könnte es leicht dahin kommen, daß die Schwierigkeiten noch wachsen, unter denen die leitende Politik sich zu behaupten und ihre heilsamen wirthschaftspolitischen Absichten durchzusetzen versucht. Eine Klärung der Lage jedenfalls bedeutet die Aussöhnung nicht.

Die Sachlage wäre anders, wenn diejenigen Fragen unserer wirthschaftspolitischen Fortentwickelung bereits entschieden wären, um die sich jetzt so heftige Kämpfe abspielen. Beim Mangel jedoch der letzten Entscheidung wird es kaum daran fehlen, daß die konservative Opposition die jüngste Wendung als dankenswerthes Kampfmittel ausnutzt und dem Grafen Caprivi das Leben noch schwerer zu machen bestrebt ist. Daran braucht auch der Umstand nichts zu ändern, daß der Kaiser erst kürzlich einem konservativen Abgeordneten gegenüber erklärt hat, die Handelsvertragspolitik des Reichskanzlers sei auch die seinige. Es ist ja selbstverständlich, muß selbstverständlich sein, daß zwischen dem Kaiser und dem Grafen Caprivi der vollste Einklang besteht; wäre es anders, so wäre Graf Caprivi nicht mehr Reichskanzler, weil er es nur sein kann und will, so lange er das Vertrauen des Kaisers besitzt. Aber so klar diese Dinge jedem ungetrübten Blick erscheinen müssen, so hat es die agrarische Fronde gleichwohl verstanden, auch auf diesem wie auf so manchem anderen Gebiete ein Helldunkel der Unsicherheit zu verbreiten, in welchem Verhältnisse und Personen nur in schwankenden Umrissen erscheinen, sodaß es möglich wird, allerlei Gespenster zu zitiren. Den Bestrebungen der Fronde wird es immerhin einigen Vorschub leisten, daß Fürst Bismarck sich entschlossen hat, nach Berlin zu kommen.

Es könnte vollauf genügen, für diesen Entschluß ganz persönliche Empfindungen der Herzlichkeit, der Treue und des tiefgewurzelten monarchischen Sinnes geltend zu machen. Aber wenn ein Fürst Bismarck die Fahrt zum Kaiserschloß antritt, so können die Folgen nicht auf das Gebiet privater Gefühle beschränkt bleiben; wenigstens werden diejenigen, die ein Interesse daran haben, hier auch mehr als eine Gelegenheit ersehen, das Ereigniß in ihrem Sinne zu deuten. In dieser Hinsicht ist es denn doch bemerkenswerth, daß Graf Herbert Bismarck dem Ordensfest beigewohnt hat. Es ist gewiß richtig, daß er als zufällig ortsanwesender Staatsminister a. D. zum Empfang einer Einladung berechtigt war. Aber er hat die Gelegenheit, sich einladen zu lassen, bisher nicht benutzt. Er ist in diesem Jahre zum ersten Male seit dem Rücktritt vom Amte während der offiziellen Festwoche in Berlin gewesen. Allerdings hat er bisher dem Reichstage nicht angehört, sodaß für ihn die Veranlassung entfiel, hier Wohnung zu nehmen. Aber wer das Kommen und Gehen hochgestellter Persönlichkeiten genauer verfolgt, der weiß, daß selten ein Monat vergeht, ohne daß Graf Herbert Bismarck die Einsamkeit von Schönhausen mit einem Aufenthalt in Berlin vertauscht, und Niemand hätte etwas darin gefunden, wenn er es auch früher im Januar so gehalten hätte. Wir wissen uns sehr gut unterrichtet, wenn wir sagen, daß Graf Herbert Bismarck manche Angriffe der Bismarckisch-offiziösen Blätter nicht gebilligt hat. Unsere Mittheilung widerspricht zwar einer allgemein gehegten Auffassung, aber ihrer Zuverlässigkeit thut das keinen Abbruch.

Deutschland.

□ **Berlin**, 23. Jan. [Reichstagsplaudereien.] Die mancherlei wunderlichen Kommentare, mit denen der Schritt des Kaisers in Reichstagsgesprächen versehen wurde, sollen wenigstens zum Theil erwähnt werden. So wollte ein „Eingeweihter" wissen, der Kaiser wünsche durch den Fürsten Bismarck die Frage des — Kaiser Wilhelms-Denkmals zu lösen. Für eine sowohl dem Kaiser wie dem Reichstage genehme Form des Denkmals solle Stimmung gemacht werden, indem gleichzeitig die Errichtung des Bismarck-Denkmals in die Wege geleitet werden könnte. Ein anderer, natürlich ebenso Eingeweihter, versteht die Sache dahin, daß Fürst Bismarck ein Wort für den russischen Handelsvertrag einlegen soll. Sehr geistreich. Schon wollen einige konservative Heißsporne dem Grafen Herbert Bismarck ins Gewissen reden, daß er doch nur ja seinen Einfluß beim Vater gegen solche Folgen der Versöhnung anwende.

W. B. **Hamburg**, 23. Jan. Wie dem „Hamb. Corr." aus Friedrichsruh gemeldet wird, machte der Flügeladjutant des Kaisers, Graf Moltke, welcher gestern Mittag dort eingetroffen ist, im Laufe des Nachmittags mit dem Fürsten Bismarck eine Spazierfahrt; nach derselben nahmen Fürst Bismarck und Graf Moltke gemeinsam das Diner ein. Graf Wilhelm Bismarck hatte sich seit Sonnabend in Friedrichsruh befunden und ist gestern nach Hannover zurückgereist.

Serbien.

* Die Krise in Serbien ist ihrer Lösung noch um keinen Schritt näher gerückt. Der Kern der ganzen Streitfrage besteht darin, ob die sogenannte „radikale" Partei, welche, von russischen Agenten gekauft, einen „Anschluß" Serbiens an Rußland wünscht, oder die liberal-dynastische Partei, die zu Oesterreich-Ungarn neigt, obsiegen werde. Zahlreiche persönliche Fragen kommen hinzu, um den Ausgleich zu erschweren. Dennoch verlautet neuerdings mit großer Bestimmtheit, daß es dem liberalen, österreichisch gesinnten Gesandten Simitsch wahrscheinlich gelingen werde, ein neutrales Koalitionsministerium zu bilden. — Die aus Wien eingetroffenen Nachrichten scheinen das zu bestätigen. Es wird nämlich gemeldet:

Wien, 23. Jan. Wie die „Politische Correspondenz" aus Belgrad meldet, betraute der König infolge Scheiterns der fortschrittlich-liberalen Koalition, da die Bildung eines reinen Parteikabinets, welcher Richtung auch immer gegenwärtig undurchführbar erscheine, den Gesandten Simitsch und den Staatsrath Nikolajevitsch mit der Bildung eines neutralen Kabinets, welches nach keiner parteipolitischen Richtung hin stärker zu engagiren wäre. Mit der Ausführung des Auftrages, dessen Gelingen als möglich gilt, wurde bereits begonnen. Simitsch soll das Präsidium und das Ministerium des Auswärtigen übernehmen. — Das „Fremdenblatt" betont, daß große Umsicht und Mäßigung auf allen Seiten nothwendig sei, um die schwierige Lage in Serbien glücklich zu entwirren. Gewiß fehle es unter den Radikalen nicht an einsichtsvollen Männern, aber die große Masse der Radikalen habe sich durch ihre primitiven Anschauungen nicht als eine Stütze der nützlichen Arbeit der Regierung erwiesen. Oesterreich-Ungarn hege keinen anderen Wunsch, als den Eintritt einer Stetigkeit der Ordnung in Serbien, im Uebrigen beschränke es sich auf die Rolle eines theilnehmenden Zuschauers und habe bei jeder Gelegenheit gezeigt, daß es Serbien wohlwollend gegenüberstehe und aufrichtig dessen Gedeihen wünsche. Das „Fremdenblatt" wiederholt auch jetzt den Wunsch, daß eine den staatlichen Interessen Serbiens und seiner Dynastie günstige Lösung gefunden werden möge.

Lokales.

Posen, 24. Januar.

H. K. **Ausnahme-Tarife für Kalisalze und Kalk zum Düngen.** Am 15. Januar d. Js. gelangt im Binnenverkehr der preußischen Staatsbahnen, sowie im Wechsel-Verkehr derselben untereinander und mit den Oldenburgischen Staatsbahnen 1) ein Ausnahmetarif für rohe Kalisalze (als Kainit, Karnallit, Kieserit, Krugit, Schönit, Sylvinit) zum Düngen, ferner für kalzinirtes Düngesalz aus Klärschlamm oder Zwischenprodukten der Kalisalzverarbeitung bis zu einem Höchstgehalt von 20 Prozent reinem Kali, sowie für konzentrirten Kalidünger (aus Karnallit gewonnen) mit einem Höchstgehalt von 40 Proz. reinem Kali. 2) ein Ausnahmetarif für Kalk (auch Dolomit, Gyps, Kreide) gebrannt oder gemahlen und für Kalkschlamm, sämmtlich zu Düngezwecken bei Auflieferung von mindestens 10 000 Kilogramm mit einem Frachtbrief auf einen Wagen zur Einführung. — Durch diese Ausnahmetarife, welche erhebliche Ermäßigungen gegenüber den bisherigen Frachtsätzen enthalten, werden die letzteren aufgehoben. Nähere Auskunft über die Frachtsätze, sowie über die Anwendung dieser Ausnahmetarife wird auf dem Bureau der Handelskammer, Wilhelmsplatz 19, in den Nachmittagsstunden von 4—6 Uhr ertheilt.

* **Eine Alarmirung der Feuerwehr** erfolgte gestern Abend ½7 Uhr nach der Langenstraße Nr. 10. Dortselbst drang aus der Abortgrube verdächtiger Rauch; doch lag eine Feuersgefahr nicht vor, sodaß die Fahrzeuge alsbald wieder abrückten.

Telegraphische Nachrichten.

Dresden, 23. Jan. Der König, Prinz Friedrich August sowie der Großherzog und die Großherzogin von Toskana werden sich am Freitag nach Berlin begeben, um der Feier anläßlich des Geburtstages des Kaisers beizuwohnen.

Prag, 23. Jan. [Omladinaprozeß.] Heute fand das Verhör der Hauptangeklagten: Redakteur Skaba, Journalist Sokol und Advokatur-Konzipist Dr. Raschin statt. Ersterer will gar keine Omladina kennen; Sokol gesteht zu, sie zu kennen, behauptet aber, sie bestände bereits seit 1869 und sei daher keine neue Gründung. Raschin will keine Omladina, sondern eine Fortschrittspartei gelten lassen, welche ins Leben gerufen zu haben, er stolz sei. Er stehe auf dem radikalen Flügel der Jungczechen und werde es sich zum Verdienste anrechnen, wenn er verurtheilt werden sollte. Auch die übrigen Angeklagten leugneten, sich an verbrecherischen Handlungen betheiligt zu haben. Der Eine will vertraulichen Versammlungen beigewohnt haben, um sich für die Journalistik auszubilden; der Andere will aus einer Schriftsetzerei Lettern gestohlen haben, um sie als Spielzeug für seine kleinen Brüder mit nach Hause zu nehmen; ein Dritter behauptet, an Versammlungen auf dem Schlachtfelde vom Weißen Berge theilgenommen zu haben, um die im Jahre 1620 gefallenen Helden zu ehren und ein Wildwärter hat gehört, wie vorgeschlagen wurde, die Johannesstatue von der Brücke zu stürzen, weiß aber nicht, von wem der Vorschlag ausgegangen ist, weil es am Versammlungsorte finster gewesen sei. Morgen wird das Verhör der Angeklagten beendet werden.

Rom, 23. Jan. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani" aus Palermo, richtete General Morra ein Rundschreiben an die Präfekten von Sizilien mit Anweisungen bezüglich einer Revision des Gemeindebudgets. Darnach sollen vor Allem die obligatorischen Ausgaben auf das absolut Nothwendige beschränkt, die fakultativen Ausgaben, die nicht in den Bedürfnissen des allgemeinen Interesses liegen, gestrichen und die kommunalen Steuerlisten geprüft werden. Das Rundschreiben trifft auch Maßnahmen zur Verbesserung der Verhältnisse der Arbeiterklassen im Einvernehmen mit den Kapitalisten und Grundbesitzern.

Rom, 23. Jan. König Humbert wird am Donnerstag Nachmittag den neu ernannten deutschen Botschafter v. Bülow zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens empfangen.

Massa, 23. Jan. Es herrscht hier andauernd Ruhe. Verhaftete Individuen werden weiter eingebracht. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Turin, 23. Jan. Infolge von Ausschreitungen, welche Studenten begingen, weil ihnen ein außerordentlicher Prüfungstermin verweigert wurde, ist die hiesige Universität geschlossen worden.

Paris, 23. Jan. Das Bureau der Kammer wählte die Heeres- und die Marinekommission, deren jede 33 Mitglieder zählt. Unter den Mitgliedern der ersteren befinden sich Brisson, Jules Roche, Cavaignac und Mezières. Mehrere Mitglieder der Kommission drangen darauf, das 14. und 15. Armeekorps zu verstärken, indem sie nachwiesen, daß der Effektivbestand des französischen Heeres ein geringerer sei als derjenige des deutschen.

Paris, 23. Jan. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag ist auf die Treppe der Hauptthür des „Magasin du Printemps" eine Bombe gelegt worden. Die Zündschnur derselben war schon erloschen, als der dienstthuende Feuerwehrmann die Bombe entdeckte. Im städtischen Laboratorium wurde festgestellt, daß die Bombe eine starke explosive Substanz enthält. Sie gleicht der von Vaillant geschleuderten Bombe.

Paris, 23. Jan. Der „Temps" meldet aus Madrid, es verlaute, Martinez Campos sei beauftragt, von dem Sultan von Marokko als Garantie für die Zahlung der Entschädigung die Intervention Spaniens bei der Erhebung der Zölle in dem Territorium zwischen Ceüta und dem Muluyaflusse zu fordern. Die Intervention würde eine zeitweilige Okkupation des Territoriums bedingen. Da der Sultan eine lange Frist für die Zahlung der Entschädigung verlangen werde, beabsichtige die Regierung die Kosten für die Expedition nach Melilla durch außerordentliche Steuern und durch Kreditoperationen zu decken.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg."

Berlin, 24. Januar, Morgens.

Im Abgeordnetenhause soll Anfang der nächsten Woche die erste Berathung des Gesetzentwurfes betreffend die landwirthschaftlichen Kammern beginnen. Heute findet eine Sitzung der Handelsvertragskommission statt zur Berathung des Antrags Salisch, betreffend Einführung der Kampfzölle auf zollfreie Waaren.

Die „Staatsb. Ztg." schreibt: Zwischen den Vertretern der deutschen Reformpartei und der antisemitischen Vereinigung für Norddeutschland fand gestern eine Besprechung mit befriedigendem Ergebniß statt. Seitens der Reformpartei waren anwesend: die Reichstagsabgeordneten Zimmermann, Werner und Lotze; von der antisemitischen Vereinigung Witte, Bachler und der Reichstagsabg. Professor Förster.

Wie mehrere Zeitungen melden, fand gestern Abend bei Lips am Friedrichshain eine von etwa 3000 Personen besuchte anarchistische Versammlung statt. Auf der Tagesordnung stand die Besprechung der Vorgänge vom 18. d. Mts. Der als Anarchist bekannte Schlossergeselle Pawłowicz sagte: „Die, welche mit Gummischläuchen dreinschlagen und sich nicht als Beamte legitimiren, können auch geschlagen werden." Die Polizei löste in Folge dessen die Versammlung auf. Auf der Straße fanden keinerlei Ruhestörungen statt.

Wie der „Börs.-Cour." meldet, wurde in der Versammlung der Sozialdemokraten des V. Berliner Wahlkreises ein aus einer anarchistischen Versammlung kommender Mann verhaftet, welcher gerufen hatte, man solle doch den „Spitzeln" keine Mittheilungen machen.

In Hamburg wurden 11 Personen verhaftet, welche Angehörige der vornehmsten Gesellschaft mit Denunziationen wegen Sittlichkeitsverbrechen bedrohten.

Kürzlich kursirten in Rom Gerüchte von einem leichten Unwohlsein des Papstes. Dieselben sind, der „Agenzia Stefani" zufolge, unbegründet. — Der Papst empfing am Dienstag mehrere Prälaten.

Betreffs des Notenumlaufs der italienischen Banken ist jetzt ein königliches Dekret erschienen, welches soeben von der „Gazetta officiale" in Rom veröffentlicht wird. In dem Dekret heißt es:

„Der Notenumlauf der Banken in Italien, könne insgesammt um 125 Millionen Lire erhöht werden. Der Notenumlauf soll durch Metallgeld gedeckt werden auf Grund des Gesetzes vom 10. August 1893. Da der Baarvorrath sich gegenwärtig zu dem Notenumlaufe wie 2 zu 5 verhält, statt des normalen Verhältnisses von 1 zu 3, soll die Vermehrung des Notenumlaufs einer Taxe unterworfen werden. Durch dasselbe Dekret wird die Bestimmung des Gesetzes vom 10. August 1893 suspendirt, wonach Emissionsinstitute den Notenumlauf auf ¾ des Betrages herabzusetzen haben, wenn 182 Millionen die zinstragenden Kontokorrente übersteigen. Das Dekret ist dem Parlamente vorgelegt worden."

Große Schneefälle werden aus Rußland gemeldet. Ein furchtbarer Schneesturm beschüttete die Ortschaften an der Wolga und bedeckte Syzran Saratow und Astrachan vollständig mit Schneemassen. Den Bewohnern ist der Verkehr mit der Außenwelt vollkommen abgeschnitten.

Marktberichte.

Bromberg, 23. Jan. (Amtlicher Bericht der Handelskammer. Weizen 130—134 M., geringe Qualität 125—129 M. — Roggen 112—116 M., geringe Qualität 108—111 M. — Gerste nach Qualität 122—132 M. — Braugerste 133—140 M. — Erbsen, Futter- 135—145 M., Kocherbsen 155—165 M. — Hafer 140—150 M.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1894.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
23. Nachm. 2	746,7	SW frisch	bedeckt	+ 6,4
23. Abends 9	744,4	SW stark	bedeckt	+ 4,0
24. Morgs. 7	753,0	NW mäßig	bedeckt	+ 1,0

Am 23. Jan. Wärme-Maximum + 6,5° Cels.
Am 23. „ Wärme-Minimum + 0,6° „

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin**, 23. Jan. **[Zur Börse.]** Die Steigerung des Courses der italienischen Rente belebte heute die Börse und versetzte sie in eine aufgeregte Stimmung. Für die Pariser Spekulation wurden hier Deckungen in italienischer Rente vorgenommen, und allseitig wird bestätigt, daß das Decouvert in diesem Papier an den französischen Börsen außerordentlich ausgedehnt ist. Nach der zweiten Börsenstunde bemächtigte sich der Börse eine geradezu freudige Stimmung, die dem Geldmarkt ein animirtes Gepräge aufdrückte. Es verlautete nämlich, dies schon in zuversichtlicher Weise, sodaß es nicht als Gerücht angesehen wurde, daß der Fürst Bismarck unmittelbar nach dem Geburtstage des Kaisers in Berlin

eintreffen werde. Es sei eine Versöhnung zwischen dem Kaiser und Altreichskanzler erfolgt. Die Börse begrüßte diese Nachricht mit einer Hausse auf allen Gebieten, die Anfangs sogar einen stürmischen Charakter zeigte. Noch weit in der dritten Stunde beherrschte dieser Vorgang ausschließlich die Börse. (N. Z.)

Vom Geldmarkt. Der Geldbedarf ist gegenwärtig gering und auch die Nachfrage ist kleiner, als in den letzten Monaten. Ultimogeld stellte sich auf etwa 4 Proz., wozu Geld angeboten blieb. Diskonten blieben unverändert 2⅜ Proz.

Breslau, 23 Jan. (Schlußkurse.) Behauptet.

Neue 3proz. Reichsanleihe 85,80, 3½ proz. L.-Pfandbr. 98 05, Konsol. Türken 22,85, Türk. Loose 91 50, 4proz. ung. Goldrente 95,30, Bresl. Diskontobank 96,50, Breslauer Wechslerbank 94,50, Kreditaktien 216,00, Schles. Bankverein 110 90 Donnersmarckhütte 92,00, Flöther Maschinenbau — — Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 126 50, Oberschles. Eisenbahn 58 00, Oberschles. Portland-Zement 89,00, Schles. Zement 139,50, Oppeln. Zement 105,50, Kramsta 129,00, Schles. Zinkaktien —,—, Laurahütte 113 25, Verein. Oelfabr. 84 00, Oesterreich. Banknoten 162 90, Russ. Banknoten 221,75, Giesel Zement 90 00, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 91,00, Breslauer elektrische Straßenbahn 121 00 4110,00, Tab. Ottom 409,00, Wechsel a. dt. Pl. 122 5/16, Londoner Wechsel k. 25,16½, Chég. a. London 25,18½, Wechsel Amsterdam k. 206,68, do. Wien kl. 198 75, do. Madrid k. 403,50, Meridional-A. —,—, Wechs. a. Italien 13¼, Robinson-A. —,—, Portugiesen 20 00, Portug. Tabaks-Obligat. 333,00, 5proz. Russen 84 25, Privatdiskont —.

Buenos-Ayres, 22. Jan. Goldagio 245,00.

Königsberg, 23. Jan. Getreidemarkt. Weizen unv. Roggen ruhig, loko per 2000 Pfund Zollgewicht 107—108. Gerste ruhig. Hafer matt, loko per 2000 Pfd. Zollgewicht 134. Weiße Erbsen per 2000 Pfd. Zollgewicht 132. Spiritus per 100 Liter 100 Proz. loko 32, per Frühjahr 32½. Aufklärend.

Danzig, 23 Januar. Getreidemarkt. Weizen loko unverändert, Umsatz 2000 To., do. inländ. hochbunt und weiß 134,50, do. inländ. hellbunt 132,50, do. Transit hochbunt weiß 121,00, do. hellbunt 118,50, do. Termin zu freiem Verkehr pr. April-Mai 141,00, Regulirungspreis zu freiem Verkehr 133,00 — Roggen loko unverändert, do. inländ. 112,00, do. russischer und polnischer zum Transit 85,00, do. Termin pr. April-Mai 116,00, do. Termin Transit per April-Mai 88,50. do. Regulirungspreis zum freien Verkehr 111,00. — Gerste große (660—700 Gramm) 130,00. Gerste kleine (625 bis 600 Gramm) —. Hafer inländischer —. Erbsen inländische —. Spiritus loko kontingentirt 50,00, nicht kontingentirt 30,50. — Wetter: Schön.

Bremen, 23. Jan (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumbörse.) Schwach. Loko 4 75 Br.

Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loko 40½ Pf., Upland, Basis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, per Jan. 40 Pf., p. Febr. 40 Pf., p. März 40¼ Pf., p. April 40½ Pf., p. Mai 40¾ Pf., p. Juni 41 Pf.

Schmalz. Fest. Loko Wilcox 43½ Pfg., Armour shield 43 Pf., Cudahy 45½ Pf., Rohe u. Brother (pure) — Pf., Fairbanks 36 Pf.

Speck. Fest. Short clear middl. loco 37½, Januar-Abladung 37½.

Wolle. Umsatz: 168 Ballen.

Tabak. Umsatz: 32 Seronen Carmen, 274 Seronen Havannah.

Hamburg, 23 Jan. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Jan. 12,47½, p. März 12,55, per Mai 12,65, per Sept. 12,67½. Ruhig.

Hamburg, 23. Jan. Kaffee. (Schlußbericht). Good average Santos per Jan. 83¼, per März 82¾, per Mai 81¼, per Sept. 77¾. Behauptet.

Paris, 23. Jan. (Schluß.) Rohzucker ruhig, 88 Proz. loko 34,50. — Weißer Zucker ruhig, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Jan. 37 37½, p. Febr. 37,37½, per März-Juni 37,62½, per Mai-Juni 37,75.

Paris, 23 Jan. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig per Januar 21,50, per Februar 21,50, per März-April 21,70, per März-Juni 21,80. — Roggen ruhig, p. Jan. 14,50, per März-Juni 15,10. Mehl ruhig, per Januar 44,40, per Februar 44,80, per März-April 45,40, per März-Juni 45,70. Rüböl ruhig, per Januar 58,25, per Februar 58,25, per März-April 58,25, per März-Juni 58 00. — Spiritus ruhig, per Jan. 35,00, per Febr. 35,25, per März-April 35,75, p. Mai-August 36 75. Wetter: Milde.

Havre, 23 Jan. Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Baisse.

Rio 31 000 Sack, Santos 10 000 Sack Rezettes für 2 Tage.

Havre, 23. Jan. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos. p. Jan. 103,75, per März 103,50. p. Mai 101,00. Kaum behauptet.

Antwerpen, 23 Jan. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅛ bez., 12¼ Br., per Jan. 12 Br., per Febr. 12¼ Br., per Sept.-Dez. 12¾ Br. Fest.

Antwerpen, 23. Januar. Getreidemarkt. Weizen flau. Roggen ruhig. Hafer ruhig. Gerste ruhig.

Amsterdam, 23. Jan. Getreidemarkt. Weizen per p. März 152, per Mai 154. Roggen per März 111, per Mai 110. — Rüböl pr. Mai —.

Amsterdam, 23 Jan. Java-Kaffee good ordinary 58.

Amsterdam, 23 Jan. Bancazinn 45.

Petersburg, 23. Jan. Produktenmarkt. Talg loko 58,00, per August —,—, Weizen loko 10,00, Roggen loko 6,35, Hafer loko 4,10, Hanf loko 43,00, Leinsaat loko 14,50. — Wetter: Regen.

London, 23. Jan. Chili-Kupfer 41½, p. 3 Monat 41⅞.

London, 23. Jan. An der Küste 3 Weizenladungen angeboten. Wetter: Kalt.

Glasgow, 28. Jan. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 sh. 6 d.

Hull, 23. Jan. [Getreidemarkt.] Englischer Weizen ruhig, fremder ½ sh. niedriger. - Wetter: Frost.

Liverpool, 23. Jan. [Getreidemarkt.] Weizen mitunter ½ d. niedriger. Mehl ruhig. Mais Tendenz zu Gunsten der Abgeber. — Wetter: Kälter.

Liverpool, 23. Jan., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 12 000 Ball., davon für Spekulation u. Export 1500 Ball. Stetig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Januar-Februar 4 9/64 Verkäuferpreis, Febr.-März 4 9/64 Käuferpreis, März-April 4 11/64 do., April-Mai 4 13/64 Verkäuferpreis, Mai-Juni 4 15/64 do., Juni-Juli 4¼ Käuferpreis, Juli-August 4 9/32 Verkäuferpreis, August-Sept. 4 19/64 d. Käuferpreis.

Newyork, 22. Jan. Visible Supply an Weizen 80 484 000 Bushels, do. an Mais 13 856 000 Bushels.

Newyork, 23. Jan. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 41 000, do. nach Frankreich 37 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents 45 000, do. von Kalifornien u. Oregon nach Großbritannien 44 000, do. nach anderen Häfen des Kontinents — Orts.

Newyork, 23 Jan. Waarenbericht. Baumwolle in New York 7⅞, do. in New-Orleans 7 5/16. Petroleum ruhig, do in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do rohes 6,00, do. Pipeline certifik., per Jan. 80 Schmalz Western steam 8,20, do. Rohe u. Brothers 8,40. Mais p. Jan. 42⅜, do. p. Febr. 43¾, do. p. Mai 44½. Rother Winterweizen 67¼, do. Weizen p. Januar 65½, do. Weizen p. Febr. 66¼, do. Weizen per März 67¼, do. Weizen p. Mai 69½. — Getreidefracht nach Liverpool 3. — Kaffee fair Rio Nr. 7 18, do. Rio Nr. 7 p. Februar 16,42, do. Rio Nr. 7 p. April 15,87. — Mehl Spring clears 2,10. — Zucker 2 11/16. — Kupfer loko 10,00.

Chicago, 22. Jan. Weizen per Jan. 59⅞, per Mai 64⅜. — Mais per Jan. 34⅞. — Speck short clear nom. Pork per Jan. 13,30.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 24. Jan. Wetter: Bedeckt.

Hamburg, 23. Jan. Salpeter loko 8,80, Februar-März 8,85. Matt.

Newyork, 23. Jan. Weizen per Jan. 65½ C., per Febr. 65¾ C.

Berliner Produktenmarkt vom 23. Januar.

Wind: W., früh + 3 Gr. Reaum., 752 Mm. — Wetter: Bedeckt.

Die schwache Haltung, welche die amerikanischen Märkte gestern wieder hervorgekehrt haben, hat auch hier heut anfänglich, wenn auch nur in ganz geringem Maße verflauend gewirkt; aber da das Angebot keineswegs nennenswerthen Umfang erreichte, so haben die etwas niedriger einsetzenden Preise für Weizen, wie für Roggen bei sehr stillem Verkehr später etwa gestrigen Stand wieder erreicht. Hafer per Mai zeigt auch heute noch weiteren Fortschritt der Preisbesserung, ohne daß die späteren Termine mehr Beachtung gefunden hätten.

Roggenmehl war matt und nicht ganz preishaltend.

Rüböl blieb ohne Umsatz, während Spiritus matt und etwas niedriger einsetzte, aber fest und noch etwas besser als gestern schloß.

Weizen loco 137—149 Mark nach Qualität gefordert, gelb märk. — M. ab Bahn bez., Januar 144,50 M. bez., Mai 148,50—148—148,50 M. bez., Juni 149,25 M. bez., Juli 150,25 M. bez., September 152 M. bez.

Roggen loco 123—129 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 126 M. ab Bahn bez., Januar 127 M. bez., April 130—130,25 M. bez., Mai 130,75—131 M. bez.

Mais loko 113—121 M. nach Qualität gef., Jan. 112,50 M. nom., Mai 106,75 M. nom., Juni 107,25 M. nom., Juli 108 M. nom., September 109 M. nom.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 110—180 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 140—180 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel u. guter ost- und westpreußischer 141—162 M., do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 142—162 M., do. schlesischer 142—162 M., feiner schlesischer, pommerscher und mecklenburgischer 164—173 M. ab Bahn bez., Mai 141,75—142,25 bis 142 M. bez., Juni 139,25—139,50 M. bez.

Erbsen Kochwaare 160—195 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 139—153 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 215—230 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 20,00—17,75 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,00—14,00 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,25 bis 15,50 M. bez., Januar 16,20 M. bez., Mai 16,90—16,85 M. bez., Juni 17 M. bez

Rüböl loko ohne Faß 46,2 M. bez., April-Mai 46,9 M. bez., Mai 47 M. bez., Oktober 47,9 M. bez.

Petroleum loko 19,80 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 51,9 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 32,4 M. bez., Januar 36,5 M. bez., April 37,4 bis 37,3—37,6 M. bez., Mai 37,6—37,5—37,8 M. bez., Juni 38,1 bis 38—38,2 M. bez., Juli 38,5—38,4—38,6 M. bez., August 38 8 bis 38,7—38,9 M. bez., September 39,1—39—39,2 M. bez.

Kartoffelmehl Januar 15,00 M. Gd.

Kartoffelstärke, trockene, Jan. 15,00 M. Gd.

Die Regulirungspreise wurden festgesetzt: für Mais auf 112,50 M. per 1000 Kilo. (N. Z.)

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W = 12 M. 1 Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 40 Pf.

Bank-Diskonto		Wechselv. 23. Jan.	
Amsterdam	5	8 T.	169,35 bz
London	3	8 T.	20,42 bz
Paris	2½	8 T.	81,15 G.
Wien	5	8 T.	162,95 bz
Petersburg	5½	3W.	219,15 bz
Warschau	5	8 T.	220,00 bz
In Berl. 4. Lomb. 4½ u. 5. Privatd. 2⅜ bz			

Geld, Banknoten u. Coupons.	
Souvereigns	20,36 bz
20 Francs-Stück	
Gold-Dollars	418,25 bz
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,42 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,25 bz B.
Oestr. Noten 100 fl.	163,10 bz
Russ. Noten 100 R.	221,60 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.		
Dtsche. R.-Anl.	4	107,25 bz
do. do.	3½	100,60 bz
do. do.	3	85,60 bz
Prss.cons.Anl.	4	107,25 G.
do. do.	3½	100,60 G.
do. do.	3	85,75 B.
do. Scrips. int.		
Sts.-Anl. 1868	4	101,30 bz
Sts.-Schld-Sch	3½	99,90 G.
Berl.Stadt-Obl	3½	98,20 bz
do. do. neue	3½	98,25 bz
PosenerProv.-Anl.-Scheine	3½	95,40 B.
Pfandbrief: Berliner	5	
do.	4½	107,70 G.
do.	4	104,80 bz
do.	3½	98,90 bzG.
Ctrl.Ldsch	4	
do. do.	3½	98,10 bz
Kur.uNeu-mrk. neue	3½	99,60 bz
do.	4	
Ostpreuss	3½	96,30 G.
Pommer	3½	98,25 bz
do.	4	
Posensch.	4	102,20 G.
do.	3½	97,10 G.
Schls. altl.	3½	98,10 B.
do. do.	4	
ldschl Lt.A	3½	98,10 bz
do.	4	
do.neu do.	3½	98,10 bz
do. do. C.	4	
Wstp Rittr	3½	96,90 bzB.
do.neu I.II.	3½	96,90 bzB.
Renten: Pommer	4	103,50 B.
Posensch.	4	103,20 bz
Preuss.	4	103,50 G.
Schles.	4	103,20 G.
Bad.Eisenb.-A.	4	104,50 G.
Bayer. Anleihe	4	107,10 G.
Brem. A. 1892	3½	97,00 B.
Hmb. Sts.Rent.	3½	98,50 B.
do. do. 1886	3	85,30 G.
do.amort.Anl.	3½	97,10 bz
Sächs. Sts.Anl.	3½	100,00 G.
do. Staats-Rnt.	3	86,20 G.
Prss.Präm-Anl	3½	120,00 G.
H.Pr.-Sch.40T	—	
Bd. Präm.-Anl.	4	135,20 bz
Bayr. Pr.-Anl.	4	143,75 bz

Brnsch.20T.L.	—	104,10 G.
Cöln-M. Pr.-A.	3½	130,90 bz
Dess. Präm.-A.	3½	
Ham. 50T.-L.	3	131,50 B.
Lüb. 50T.-L.	3½	126,50 G.
Mein. 7Guld-L.	—	26,70 G.
Oldenb. Loose	3	129,00 B.

Ausländische Fonds.		
Argentin. Anl.	5	46,40 bzG.
do. 1888	4½	40,50 G.
Bukar.Stadt-A.	5	94,10 bzG.
Buen. Air. Obl.	5	31,10 bz
Chines. Anl.	5½	103,80 G.
Dän.Sts.-A.86.	3½	96,10 bzG.
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	
do. do.	4	102,90 G.
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.	—	59,30 bzG.
Griech. Gold-A	5	30,50 bzG.
do. cons. Gold	4	25,50 bzG.
do. Pir.-Lar.	5	25 75 G.
Italien. Rente	5	75,60 bz
Kopenh. St.-A.	3½	93,75 bz
Lissab. St.A.I.II	4	52,00 bzG.
Mexikan. Anl.	6	65,80 bz
Mosk. Stadt-A.	5	68,60 bzG.
Norw. Hyp-Obl	3½	
do. Conv.A.88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	97 70 bz
do. Pap.-Rnt.	4⅕	
do. do.	4⅕	93 90 bz
do. Silb.-Rent.	4⅕	93,60 bz
do. 250 Fl. 54.	4	146,25 G.
do. Kr100 (58)	—	322,25 bz
do. 1860er L.	5	145,75 bzG.
do. 1864er L.	—	324,20 bz
Poln.Pf-Br. I-V	5	
do. do.	4½	67,75 B.
do. Liq.-Pf.-Br	4	65,50 bz
Port.A 88—89	—	28,50 bzG.
Raab-Gr.Pr.-A.	4	101,30 bz
Röm. Stadt-A.	4	78,75 bzG.
do. II. III. VI.	4	68,90 bzG.
Rum. Staats-A.	4	83,00 bzG.
do. Rente 90	4	84,50 bzG.
do. do. fund.	5	102,25 G.
do. do. amort.	5	95,00 bz
Rss.Eng.A. 1822 (4 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	99,60 bzG.
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	
do. 1884 stpfl.	5	109,70 G.
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	69,60 bz
III. Orient 1879	5	69,90 bz
Nikolai-Obl.	4	
Pol. Schatz-O.	4	
Pr.-Anl. 1864	5	166,70 G.
do. 1866	5	155,70 bzG.
Bodkr.-Pfdbr.	5	109,00 G.
do. neue	4½	104,00 G.
Schwedische	3½	96,30 bz
Schw. d. 1890	3½	96,40 bz
do. 1883	4	100,80 bzG.

Schw. Hyp.-Pf.	4½	102,20 bzG.
Serb. Gld-Pfdb.	5	72,00 bz
do. Rente	5	65,75 bz
do. neue 85	5	66,00 bzB.
Stockh.Pf. 85.	4½	
do. St.-Anl.86	4	99,90 bz
Span. Schuld.	4	62,75 G.
Türk A.1865 in Pfd.Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	24,45 B.
do. Consol.90	4	94,80 G.
do. Zoll-Oblig	5	
Trk.400Frc.-L	—	92,20 G.
do.EgTrib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	95,60 bz
do. Gld.-Inv.-A.	4½	101,50 bzG.
do. do. do.		
do.Papier-Rnt.		
do. Loose	—	253,00 bz
do.Tem-Bg.-A.	5	
Wiener C.-Anl.	5	106,60 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.		
Aachen-Mastr.	—	59 30 bzG.
Altenbg.-Zeitz	—	190,00 bz
Crefelder	1½	72,40 bz
Crefld-Uerdng	—	86,00 G.
Dortm.-Ensch.	—	109,60 bz
Eutin. Lübeck	—	41,60 bz
Frnkf.-Güterb.	—	
Ludwsh.-Bexb.	9¼	
Lübeck-Büch.	—	136,00 bzG.
Mainz-Ludwsh	—	112,00 bz
Marnb.-Mlawk.	—	75,75 bz
Meckl Fr.Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101 80 bzG.
Ostpr. Südb.	—	75,80 bzG.
Saalbahn	—	24,50 G.
Stargrd-Posen	4½	102,50 bz
Weimar-Gera	—	15,00 bzG.
Werrabahn	—	49,50 bz
Albrechtsbahn	2	45,60 bzG.
Aussig-Teplitz	—	
Böhm. Nordb.	—	
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	
Buschtherader	—	221 20 bzG.
Canada Pacifb.	5	69,90 bz
Dux-Bodenb	—	
Galiz. Karl-L.	5	
Graz-Köflsch	—	
Kaschau-Od	4	
Kronpr. Rud.	4¾	
Lemberg-Cz	7	126,75 bz
Oester Staatsb	—	
do. Lokalb.	—	101,50 G.
do. Nordw.	4½	
do.Lit.B.Elb.	—	
Raab-Oedenb.	—	29,60 G.
Reichenb.-P	—	
Südöstr. (Lb.)	—	48,00 bz
Tamin-Land	0	
Ungar.-Galiz.	5	97,50 G.
Balt.Eisenb.	3	67,40 bz
Donetzbahn	5	114,75 bz
Ivang. Domb.	5	110 25 G.
Kursk-Kiew	12,65	218,00 bz
Mosco-Brest	—	71,90 bz
Russ. Staatsb.	6,56	
do. Südwest.	5,45	78,30 G.

Wrsch.-Teres.	5	109,00 bz
Wrsch.-Wien.	—	228,00 G.
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd	—	101, 0 bz
Gotthardbahn	—	152,30 bz
Ital. Mittelm.	5	77,20 bz
Ital.Merid.-Bah	7⅕	104,10 bz
Lüttich-Lmb.	—	31,70 G.
Lux. Pr. Henri	—	61,40 G.
Schweiz.Centr	—	116,75 bz
do. Nordost	—	106,40 bz
do. Unionb.	—	78,00 G.
do. Westb.		
Westsicilian	3⅗	46,80 G.

Eisenb.-Stamm-Priorität.		
Altdm.Colberg	4½	112,00 bz
Bresl.-Warsch	18/20	56,50 bzG.
Czakat.-St.-Pr.	5	105,25 bz
Dux-BodnbAB	—	
Paul.-Neu-Rup	5½	111,50 bz
Prignitz	4½	
Szatmar-Nag.	—	
Dortm.-Gron.	—	114,75 bz
Marienb Mlawk	—	110,80 bzG.
Mecklb. Südb.	—	54,40 bzG.
Ostpr. Südb.	—	106,60 bzG.
Saalbahn	—	93,50 bz
Weimar-Gera	—	85,40 G.

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.		
Bresl-Warschauer Bahn	5	
Gr Berl.Pferde Eisenbahn	4	102,25 B.
Oberschl.	3½	
do. (StargPos)	4	
Ostpr Südbahn	4½	
do. do.	4½	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	
Dux-Bodenb. I.		
Dux-Prag G-Pr	4	
do. 1891	4	100 75 G.
Franz.-Josefb.	4	94,20 G.
Gal K Ludwgbg	4½	
do. do. 1890	4	92,70 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr.g.	4	97,90 B.
KronpRudolfb.	4	93,00 bz
do.Salzkammg	4	101,00 bzG.
LmbCzern.stfr	4	93,30 bzB.
do. do. stpfl.	4	
Oest.Stb.alt.g.	3	86,30 bzB.
do. Staats-I.II.	5	108,25 bz
do. Gold-Prio.	4	101,50 bzB.
do Lokalbahn	4	100,20 bzB.
do.Nordwestb.	5	104,00 bzG.
do. NdwB.G-Pr	5	107,60 B.
do. Lt. B.Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	69,60 bz
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Raab Gld-Prior		
Südöst-B.(Lb.)	3	60,90 bzG.
do. Obligation.	5	104,40 G.
do.Gold-Prior.	4	97,50 G.

Baltische gar.	5	101,25 G.
Brest-Grajewo	5	101,50 G.
Gr. Russ. Eis. gar	3	83,50 G.
Ivang.-Dombr. g.	4½	103,70 bzG.
Kozlow-Wor. g.	4	94,80 G.
do. 1889	4	95,50 bz
do. Chark.As.(O)	4	94,80 G.
do.(Oblig.)1889	4	96,20 bz
Kursk-Kiew conv	4	95,90 bz
Losowo-Sebast.	5	100,50 bz
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	
do. Rjäsan gar.	4	96,40 bz
do. Smolensk g.	5	103,40 bz
Orel-Griasy conv	4	94,80 G.
Poti-Tiflis gar.	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	95,40 bzG.
Rjaschk-Morcz.g	5	103,50 G.
Rybinsk-Bolog.	5	94,25 G.
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar.	4	99,20 bzG.
Transkaukas.g.	3	83,70 G.
Warsch.-Ter. g.	5	103,60 bz
Warsch.-Wienn.	4	101,25 bz
Wladikawk. O.g.	4	99,40 bzG.
Zarskoe-Selo	5	
Anatol. Gold-Obl	5	88,25 bzG.
Gotthardbahnov.	4	102,90 B.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	48,10 bzG.
Süd-Ital. Bahn	3	51,30 bz
Serb. Hyp.-Obl.	5	66,50 bzG.
do. Lit. B.	5	
Central-Pacific	6	101,20 G.
Illinois-Eisenb.	4	
Manitoba	4½	96,00 bzB.
Northern Pacific	6	105,40 bzG.
San Louis-Franc.	6	90,00 bzG.
Southern Pacific	6	103,50 bzG.

Hypotheken-Certifikate.		
Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche.Grd.-Kr.-Pr. I	3½	113,40 bz
do. do. II.	3½	107,75 B.
do. do. III. abg.	3½	99,00 bzG.
do. do. IV. abg.	3½	99,00 bzG.
do. do. V. abg.	3½	95,10 G.
do. Hp.B.Pf.IV.-V.VI.	5	111,10 G.
do. do.	4	102,40 bzG.
do. do.	3½	94,20 bz
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 bz
do. do.(unkünd. bar bis 1./1.1900)	4	102,50 bz
do. do (rz 100)	3½	93,80 bz
MeiningerHyp.-Pfdb.	4	110,10 bzG.
do. Pr.-Pfdbr.	4	129,00 B.
Pomm. Hypoth.-Akt.		
B.-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,00 G.
P.B.-Cr.unkb(rz110)	5	113,75 G.
do.Sr. III.V.VI(rz100)	5	107,30 G.
do. do. (rz.115)	4½	115,90 B.
do. do. X (rz.110)	4½	112,25 G.
do. do. (rz.100)	4	100,90 B.
Pr.Cent.-Pf. (rz.100)	4	
do. do. (rz.100	3½	95,50 bzG.
do.do. kündb. 1900	4	103,00 bzG.
Pr.Centr.-Pf. Com-O	3½	95,20 bzG.

Pr.Hyp.-B. I.(rz.120)	4½	114,40 G.
do. do. VI. (rz.110)	5	
do. div. Ser.(rz.100)	4	101,00 bzG.
do. do. (rz.100)	3½	95,00 bz
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	101,75 bz
do. do. do.	3½	95,00 bz
Schles.B.Cr.(rz.100)	5	
do. do. (rz.100)	4½	
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz.110)	4½	105,30 G.
do. do. (rz.110)	4	102,50 bzG.
do. do. (rz.100)	4	101,50 bzG.

Bankpapiere.		
B.f.Sprit-Prod. H	3	69,90 bz
Berl. Cassenver.	4½	127,40 G.
do. Handelsges.	6	132,30 B.
do. Maklerver.	8¼	115,50 G.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	6½	130,50 G.
Bresl. Disc.-Bk.	5	95,60 G.
do. Wechslerbk.	4½	93,75 G.
Danz.Privatbank	7⅓	
Darmstädter Bk.	5¼	132,40 bz
do. do. Zettel	3,70	99 75 bzB.
Deutsche Bank	8	156,00 bz
do. Genossensch	4⅚	111,75 G.
do.Hp.Bk.60pCt	7	117,80 G.
Disc.-Command.	6	177,40 bz
Dresdener Bank	7	134,90 bz
Gothaer Grund-creditbank	3½	87,10 G.
Internat. Bank		
Königsb. Ver.-Bk	5	96,80 G.
Leipziger Credit	8½	174,50 G.
Magdeb. Priv.-Bk	5	110,30 G.
Maklerbank	5	106,10 G.
Mecklenb.Hyp.u. Wechs.	8	135,00 bz
Meininger Hyp.-Bank 70pCt.	6	109,80 bzG.
Mitteld.Crdt.-Bk.	4½	95,50 bz
Nationalbk. f. D.	5	107,40 bz
Nordd. Grd.-Crd.	1	96,50 G.
Oester.Credit-A.	9 1/16	216,25 bz
Petersb.Disc.-Bk	6	
do. Intern.Bk.	10	
Pomm.Vorz.-Akt	6	113.60 G.
Posen. Prov.-Bk.	4½	104,25 G.
Pr. Bodencr.-Bk.	7	126,00 bz
do. Cnt-Bd60pCt	9½	158,25 B.
do.Hyp.-Akt.-Bk.	—	123,00 bzG.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	—	104,50 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	
do. Leihhaus	—	91,75 G.
Reichsbank	6,38	151,00 bz
Russische Bank	—	90,40 G.
Schles. Bankver.	—	111,25 G.
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.		
Allg. Elekt.-Ges.	8¼	136,50 bzG.
Anglo. Ct. Guano	11¾	
Bauges. Berl.-Charl.	7,8	782,00 bzG.
Bauges. City St.-Pr.		
Bauges. Dtsche. Bau	—	76,50 G.
Bauges. Hann.-St.P.	—	66,90 bz
Bauges. Humb.	—	125,00 B.
Moabit	—	134,00 B.
Passage	—	65,25 bzG.
U. d. Linden	—	
Berl. Elekt.-W.	8½	156,75 bz
Berl. Lagerhof	—	81,50 G.
do. do.St.-Pr.	—	116,00 G.
Ahrens Br., Mbt.	0	43,00 G.
Berl. Bock-Br.	0	52,80 bz
Schultheiss-Br.	15	229,00 bz
Bresl. Oelw.	4½	84,00 G.
do. Sprit-A.-G.	7	105,75 bz
Deutsche Asph.	—	79,25 G.
Dynamit Trust.	10	132,10 G.
Erdmannsd. Sp.	—	89,60 bzG.
Fraust. Zucker	7	110,75 G.
Glauz. Zucker	3⅔	112,50 G.
Gummi HarWien	25	285,50 B.
do. Schwanitz	—	178,00 bzG.
do. Voigt Winde	—	130,50 G.
do. Volpl. Schldt.	—	93,25 G.
Hemmoor Cem.	—	103,50 G.
Köhlin. Strk.	14	224,00 B.
Körbisdf. Zucker	2½	105,50 G.
Löwe & Co.	—	245,50 G.
Bresl. Linke	—	147,00 G.
do. Hofmann	—	132,00 B.
Germ. Vrz.-Akt.	—	70,30 G.
Görlitz Körn.	7	118,00 G.
Görl. Lüdr.	9	135,00 bzG.
Grusonwerk		
H. Pauksch	3	59,25 G.
Schwarzkopff	15	220,25 bz
Stettin-Vulk.-B.	—	104,50 B.
Sudenburg	—	169,75 B.
O.-Schl. Cham.	—	57,00 G.
do. Portl.-Cem.	—	81,00 G.
Oppeln. Cem.-F.	—	105,10 bzG.
do. (Giesel)	—	89,25 G.
Gr.Berl.Pferdeb.	—	236,00 bzG.
Hamb. Pferdeb.	0	96,50 bzB.
Potsd.ov.Pferdb.	—	87,00 B.
Posen. Sprit-F.	5	
Rositzer Zucker	—	71,00 G.
Schles. Cement	—	138,25 G.
Stett. Bred. Cem.	—	83,00 G.
do. Chamott.	—	193,50 bz
Bgw. u. H.-Ges.		
Aplerbecker	7	
Berzelius	—	118,00 G.
Bismarkhütte	8	155,00 bz
Boch. Gusst.-F.	3½	122,00 G.
Donnersmarck.	—	90,25 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	27,25 bzG.
Gelsenkirchen	9	146,50 bz
Hibernia	5½	117,75 bz
Hörd. St.-Pr.-A.	0	27,25 bz
Inowracl. Salz	1	42,40 bzG.
König u. Laura	3	113,10 bz
Lauchham. ov.	4½	93,00 G.
Louis. Tief.St.-P.	—	
Oberschl. Bed.	½	57,25 bzG.
do. Eisen-Ind.	4½	
Redenh. St.-Pr.	0	8,00 B.
Riebeck. Mont.	11	162,25 bzG.
Schles. Kohlw.	0	22,90 B.
do. Zinkhütte	15	176,70 bz
do. do. St.-Pr.	15	176,75 bz
Stolb. Zink-H.	1	33,50 G.
do. St.-Pr.	6	100,50 G.
Tarnowitz ov.	0	49,00 bzG.
do. do. St.-Pr.	0	18,00 bzG.

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.